Entführung in Caracas

von Tariq Ali

Zwei Jahrzehnte bevor US-Streitkräfte an diesem Wochenende den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro entführten, hat Hugo Chávez dieses Vorgehen vorhergesagt: „Vor Jahren sagte mir jemand: ‚Am Ende werden sie dich beschuldigen, ein Drogenhändler zu sein – dich persönlich – dich, Chávez. Nicht nur, dass die Regierung den Drogenhandel unterstützt oder zulässt – nein, nein, nein. Sie werden versuchen, die Noriega-Formel auf dich anzuwenden.' Sie suchen nach einer Möglichkeit, Chávez direkt mit dem Drogenhandel in Verbindung zu bringen. Und dann ist alles gegen einen „Drogenhändler-Präsidenten" erlaubt, oder?"

Am Morgen des 3.Januar twitterte Trump eine Neujahrsbotschaft. Die USA hätten „einen groß angelegten Angriff auf Venezuela und seinen Führer" durchgeführt. Präsident Maduro und seine Frau Cilia seien „gefangen genommen und aus dem Land geflogen" worden. Trump sagte, weitere Details würden in wenigen Stunden folgen. Die Details waren jedoch verwirrend.

Später am selben Tag rief ein alter Freund aus Caracas an und erzählte, seit einiger Zeit hätten geheime Verhandlungen zwischen dem Regime und den Amerikanern stattgefunden. Die Amerikaner wollten Maduros Kopf, den er jedoch nicht liefern wollte – laut der *New York Times* wurde ihm angeboten, ihn in die Türkei auszufliegen, wo er einen komfortablen Ruhestand hätte genießen können, was er jedoch zu seiner großen Ehre ablehnte. Und obwohl er wiederholt angeboten hatte, mit Washington über Fragen des Öl- und US-Drogenimports zu verhandeln, mobilisierte er auch die Venezolaner gegen Trumps militärische Aufrüstung in der Karibik.

Die Trump-Regierung zog es offenbar vor, mit der Vizepräsidentin Delcy Rodríguez und anderen in Venezuela zu verhandeln, wobei die beiden wichtigsten Minister Diosdado Cabello im Innenministerium und Vladimir Padrino im Verteidigungsministerium sind. Beide haben Unterstützung in der etwa 100.000 Mann starken Armee, Cabello befehligt auch die Volksmilizen, die angeblich noch stärker sind. Als Trump in den letzten Monaten seinen bedrohlichen Aufmarsch verstärkte, reagierte die Regierung Maduro mit der Bewaffnung von Teilen der

Bevölkerung.

Wer wird das Land regieren?

Die Frage, wer nun Venezuela regiert, hat nun entscheidende Bedeutung. Die erste Antwort kam von Trump: „Wir werden das Land regieren, bis wir einen sicheren, ordnungsgemäßen und vernünftigen Übergang gewährleisten können." Aber die Regierung steckt in einer Zwickmühle. Trumps MAGA-Anhängerschaft ist nicht dafür, amerikanische Soldaten in fremde Länder zu schicken, wo sie getötet werden könnten – das war ein zentraler Punkt ihrer Kampagne gegen die Demokraten und das alte Establishment der Republikaner in Bezug auf Afghanistan und den Irak. Trumps Anhänger wollen keine US-Truppen in Venezuela.

Gleichzeitig sind die von Rubio vertretenen, ultrarechten lateinamerikanischen Emigranten unzufrieden damit, dass die Bolivaristen in Caracas noch immer an der Macht sind. Es gab sogar Gerüchte, Marco Rubio könne zum De-facto-Gouverneur oder Konsul ernannt werden, um der venezolanischen Regierung Befehle zu erteilen.

Unterdessen sind die Nachrichten aus Caracas gemischt. Am Tag nach der Festnahme Maduros erklärte Cabello: „Dies ist ein Angriff auf Venezuela. Wir sind bereit. Wir rufen unser Volk auf, ruhig zu bleiben und der Führung zu vertrauen. Lasst euch nicht entmutigen und macht es dem aggressiven Feind nicht leichter."

Rodríguez, die vom venezolanischen Obersten Gerichtshof als Interimspräsidentin für die nächsten drei Monate bestätigt wurde, forderte im staatlichen Fernsehen die Freilassung Maduros. Trump griff sie in einem Interview mit *The Atlantic* dafür an, dass sie nicht ausreichend nachgiebig sei, sagte, sie habe Versprechen gemacht, die nun eingehalten werden müssten, und drohte: „Wenn sie nicht das Richtige tut, wird sie einen sehr hohen Preis zahlen, wahrscheinlich einen höheren als Maduro." Er fuhr fort: „Ein Regimewechsel, wie auch immer man es nennen mag, ist besser als das, was Sie derzeit haben. Schlimmer kann es nicht werden."

Die Regierung Trump scheint nicht zu begreifen, dass – unabhängig davon, was die Menschen von Maduro halten – nur sehr wenige Venezolaner eine Invasion

ihres Landes durch die Vereinigten Staaten begrüßen würden. Diese Tradition geht auf Simón Bolívar zurück, der ausdrücklich davor warnte, dass Lateinamerika sich vor dem neuen Imperium im Norden hüten und sich wehren müsse, die spanische Herrschaft gegen die amerikanische einzutauschen. Seit Sonntag gab es in vielen Teilen des Landes Demonstrationen, auf denen die Freilassung Maduros gefordert wurde, darunter eine große Demonstration in Caracas selbst. Die Bestürzung geht weit über die Unterstützerbasis des Regimes hinaus. Ein führender katholischer Anti-Maduro-Führer, der am 5.Januar von BBC Radio 4 interviewt wurde, wurde gefragt: „Sie müssen jetzt sehr glücklich sein." Er antwortete: „Nein, wir sind nicht glücklich. Wir mögen es nicht, wenn unser Land besetzt ist, und die Mehrheit der Venezolaner will keine Besatzung."

Wer betreibt hier den Drogenhandel?

Wie Chávez gewarnt hatte, versuchen Trump und Rubio, Maduro wegen „Narkoterrorismus" anzuklagen, der neuesten Version der unsichtbaren Massenvernichtungswaffen im Irak. „Maduro ist NICHT der Präsident Venezuelas", twitterte Rubio letzten Sommer, „und sein Regime ist NICHT die legitime Regierung. Maduro ist der Chef des Cartel de Los Soles, einer narco-terroristischen Organisation, die ein Land in Besitz genommen hat. Und er ist wegen des Schmuggels von Drogen in die Vereinigten Staaten angeklagt."

Wie allgemein bekannt, stammt Rubio selbst aus einer angesehenen Kokainfamilie, die stark in den Drogenhandel in ganz Südamerika verwickelt ist. Seine Verwandten sind seit Jahren am Schmuggel von Kokain in die Vereinigten Staaten beteiligt. Als Außenminister hat er Drogenhändler in jede pro-amerikanische Regierung auf dem Kontinent gebracht. Es überrascht daher nicht, dass einige sagen, der Angriff könnte tatsächlich ein Schachzug Rubios sein, um von den USA unterstützte Drogenhändler gegen die autonomeren Händler zu verteidigen, die es ebenfalls in diesem Teil der Welt gibt.

Eine weitere Ironie ist, dass die Delta Force, das staatsterroristische Spezialeinsatzkommando der USA, das den venezolanischen Präsidenten entführt hat, selbst weithin als Betreiber eines Drogenhandelsnetzwerks innerhalb der Vereinigten Staaten gilt. Der investigative Journalist Seth Harp dokumentiert in seinem Buch *The Fort Bragg Cartel: Drug Trafficking and Murder in the Special Forces* (2025) Morde und Drogenhandel, die in und um die Einrichtung der US-Armee außerhalb von Fayetteville, North Carolina, begangen wurden. Harps Buch

schaffte es auf die Bestsellerliste der *New York Times*, und die Rezensenten haben seine Erkenntnisse weitgehend akzeptiert. Diese kriminelle Operation der USA wurde also von ihrem eigenen Drogenkartell durchgeführt. Hier gibt es kein Schamgefühl oder ähnliches. Sie tun es einfach und gehen davon aus, dass die Menschen dies weiterhin akzeptieren werden, solange sie ein paar Erfolge vorweisen können.

Jetzt hat Generalstaatsanwältin Pam Bondi die sogenannten Anklagen getwittert, die einen Hauch von Wahnsinn an sich haben:
Nicolás Maduro und seine Frau Cilia Flores wurden im südlichen Bezirk von New York angeklagt –Maduro wegen Verschwörung zum Drogenterrorismus, Verschwörung zum Kokainimport, Besitz von Maschinengewehren und Sprengkörpern sowie Verschwörung zum Besitz von Maschinengewehren und Sprengkörpern gegen die Vereinigten Staaten.

Kein seriöser Anwalt in den Vereinigten Staaten könnte dies für bare Münze nehmen. Das Ganze ist eine Farce. Einen amtierenden Präsidenten, den man gerade entführt und dessen Hauptstadt man bombardiert hat, der „Verschwörung zum Besitz" von automatischen Waffen zu beschuldigen, ist grotesk. Bondi inszeniert einen Schauprozess, aber das könnte schwieriger werden, als sie denkt. Zweifellos werden einige der besten US-Anwälte Maduro verteidigen und seinen Fall übernehmen.

Präzedenzfälle

Dies deutet jedoch darauf hin, dass die Ernennungen in das zweite Kabinett Trump weitgehend auf der Grundlage von Loyalität und nicht von Kompetenz erfolgten – es wurden Personen ausgewählt, die den Präsidenten und seine verrückten Ideen nicht in Frage stellen würden –, wie das Interview mit Trumps Stabschef in *Vanity Fair* deutlich macht. Das Fehlen einer ernsthaften Opposition im Land, die in der Lage wäre, auf der Autorität des Kongresses zu bestehen, deutet auf einen Verfallsprozess innerhalb der Institutionen der amerikanischen bürgerlichen Demokratie selbst hin.

Viele haben darauf hingewiesen – wie Chávez selbst bemerkte –, dass dies das Noriega-Szenario ist. Aber in einem wichtigen Punkt kann Maduro, ungeachtet seiner Schwächen, nicht mit Noriega verglichen werden. Der panamaische Machthaber hatte seit den 1950er Jahren effektiv für die CIA gearbeitet und

Waffen an rechtsgerichtete Gruppen geliefert, die stark in den Drogenhandel verwickelt waren, bevor er sich mit Washington überwarf. Er war in der berüchtigten School of the Americas in Foltermethoden ausgebildet worden, wo unzählige Gangster und Geldwäscher aus dem Drogenhandel ihre ersten Erfahrungen mit dem machten, was von ihnen verlangt wurde.

Die USA behandelten ihn trotz allem, was er für sie getan hatte, äußerst schlecht. Er begann, sich Gedanken über die nationale Souveränität zu machen, woraufhin die Regierung von George H.W. Bush wütend beschloss, ihn zu stürzen. Diese Operation wurde jedoch durch eine militärische Invasion der USA unterstützt, *bevor* eine gemeinsame Delta-SEAL-Einheit ihn aus seinem Palast holte und nach einem Scheinprozess den US-Marshals zur Inhaftierung übergab.

Es gibt allerdings noch einen weiteren Präzedenzfall, der nicht vergessen werden sollte: den von Jean-Bertrand Aristide, Präsident von Haiti in den frühen 1990er Jahren und dann erneut von seiner Wahl 2001 bis zu seinem Sturz 2004. Aristide, der ursprünglich ein Moderater war, hatte den Mut zu sagen, dass Haiti von Frankreich für die massiven Reparationen entschädigt werden sollte, die die Insel ihrem ehemaligen Kolonialherrn zahlen musste, weil sie das Verbrechen begangen hatte, nach der haitianischen Revolution von 1791–1804 die Sklaverei abzuschaffen – umgerechnet etwa 21 Milliarden Dollar nach heutigem Wert. Paris befürchtete, dies könnte einen Präzedenzfall für Forderungen Algeriens schaffen. Im Februar 2004 arbeiteten französische und haitianische Beamte mit den USA zusammen, um Aristide aus dem Land zu vertreiben.

Hierzu gibt es eine interessante Randbemerkung. Im Frühjahr 2004 war ich zufällig auf einer Konferenz in Caracas, als diese französisch-amerikanische Operation stattfand. Am Tag nach Aristides Entführung sagte ich zu Chávez: „Warum haben Sie ihm kein Asyl angeboten?“ Er antwortete: „Ich bin unglaublich verärgert. Er hat versucht, mich anzurufen, aber wir waren mit der Konferenz beschäftigt. Als ich die Nachricht erhielt, war es schon zu spät. Er war bereits nach Südafrika gebracht worden, und ich bedaure das sehr.“ Ich erzählte ihm, ich würde bald nach Johannesburg reisen, um einen Vortrag zu halten. Chávez sagte: „Bitte versuchen Sie, ihn zu treffen, und sagen Sie ihm, dass er hier sehr willkommen ist. Er sollte in seine eigene Region zurückkehren, um gegen diese Schurken zu kämpfen.“ Ich habe die Nachricht tatsächlich weitergeleitet. Aber ich glaube, Pretoria hatte eine Vereinbarung, dass er in Südafrika bleiben sollte, bis die USA ihm die Rückkehr nach Haiti gestatten würden. Maduro ist nur der

Letzte in einer langen Reihe.

Chávez‘ Erbe

Die Angriffe gegen ihn erinnern an die Angriffe gegen Chávez, der von den westlichen Medien ständig als Diktator bezeichnet wurde. Warum? Weil er eine Uniform trug. Aber Chávez war äußerst beliebt und gewann eine Wahl nach der anderen; man musste nicht in die Golfstaaten und nach Saudi-Arabien reisen, um Menschen zu finden, die in jeder Hinsicht unendlich viel schlimmer waren.

Chávez‘ radikal-demokratische Verfassung – einschließlich des Rechts, den Präsidenten bei Bedarf per Referendum abzuberufen – wurde von der rechten Opposition angeprangert, obwohl sie dann versucht hat, eben diesen Abberufungsmechanismus gegen ihn einzusetzen. Ich war in Caracas, als Jimmy Carter das Land besuchte, um die Wahlen zu beobachten. Er war schockiert, als er ein Restaurant in den grünen östlichen Vororten der Stadt betrat, wo die Bourgeoisie lebt, und die lokale Opposition ihn mit Beschimpfungen überschüttete. Danach sagte er: „Ich habe noch nirgendwo eine solche Opposition gesehen.“ Auf die Frage: „Wie fanden Sie die Wahlen?“, antwortete er, er habe noch in keinem Land, einschließlich der Vereinigten Staaten, eine so faire Wahl gesehen.

Chávez bestand immer darauf, dass die Bolivarische Revolution eine demokratische Erfahrung sein müsse – und das war sie auch. Viele Menschen, darunter auch ich, diskutierten dies mit ihm. Als die ersten Ergebnisse des Referendums von 2004 bekannt wurden, fragte ich ihn: „Compañero, was machen wir, wenn wir verlieren?“ Er antwortete: „Was macht man, wenn man verliert? Man verlässt sein Amt und kämpft von außen weiter, indem man erklärt, warum die anderen Unrecht hatten.“

Er hatte ein sehr ausgeprägtes Gespür dafür. Deshalb ist es eine Farce, den Chavistas vorzuwerfen, sie seien von vornherein undemokratisch gewesen. Während der Chávez-Ära verbreiteten die oppositionellen Zeitungen und Fernsehsender ununterbrochen Propaganda und attackierten das Regime – etwas, das man in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten niemals gesehen hätte. Wenn Leute zu Chávez sagten: „Wir sollten hart durchgreifen“, antwortete er: „Nein, wir bekämpfen sie politisch.“

Seit 2013 ist das Regime ausgehöhlt. Wenn Maduro die Wahl 2024 gewonnen hat, konnte er dafür keinen Beweis vorlegen, als Lula ihn danach fragte. Wirtschaftlich gesehen besteht kein Zweifel, dass die Bolivaristen selbst zu Chávez‘ Zeiten schlecht beraten waren. Als die besten keynesianischen Ökonomen, darunter Dean Baker, Mark Weisbrot und Joseph Stiglitz, dort auftauchten, wurden ihre Empfehlungen nicht befolgt. Möglicherweise wäre es zu diesem Zeitpunkt besser gewesen, wenn sie sich an die Chinesen gewandt hätten.

Aber die tatsächliche wirtschaftliche Verschlechterung war eine Folge der Belagerung durch die USA. Die Sanktionen gegen den Ölverkauf, die Trump 2017-18 verhängte und die Biden beibehielt, führten dazu, dass etwa 7 Millionen Menschen das Land verließen und venezolanische Flüchtlinge in Miami, Kolumbien und anderen Teilen Lateinamerikas auftauchten. Washington wusste, was es tat.

Die Unterstützung der venezolanischen Streitkräfte hatte ebenfalls ihren Preis. Nach dem Putschversuch gegen Chávez im Jahr 2002 sagte ich zu ihm: „Das ist Ihre Chance, eine massive Umstrukturierung der Armee vorzunehmen.“ Aber er antwortete: „Das ist nicht so einfach. Wir entlassen alle hochrangigen Generäle, die von dem Putschversuch gegen mich wussten oder daran beteiligt waren.“ Daraufhin sagte ich: „Nun, das ist wirklich sehr großzügig von Ihnen, denn hätte es einen solchen Putschversuch gegen eine gewählte Regierung in den Vereinigten Staaten gegeben, wäre der oberste General sehr wahrscheinlich wegen Hochverrats hingerichtet und die anderen Generäle für Jahre eingesperrt worden. Aber Sie waren sehr freundlich, Sie haben einige dieser Leute gehen lassen.“ Er sagte: „Besser, der Geruch verschwindet.“ Ich empfand das damals als Schwäche.

Dennoch verband das bolivarische Regime über einen langen Zeitraum radikale Demokratie, weitreichende Sozial- und Alphabetisierungsprogramme und eine internationalistische Außenpolitik. Das war die Konstellation. Der Beitrag Kubas war sehr wichtig, die Misiones und alles andere. Aber leider hatten die Kubaner der Demokratie nichts beizubringen. Als sich die wirtschaftliche Belagerung verschärfte, gab Caracas praktisch alle Reformen von Chavez auf und wandte sich ab 2019 der Dollarisierung und Sparpolitik zu. In der Außenpolitik schlug es diesen Weg jedoch nicht ein. Es hat unter dem Druck der US-Sanktionen die Öllieferungen an Kuba stark reduziert, aber es hat Havanna nicht im Stich gelassen.

Es zeigte auch klare Haltung in Bezug auf Gaza und den Nahen Osten, was die Amerikaner natürlich ärgerte. Wie Washington deutlich gemacht hat, will man dort eine Rubio-Trump-Regierung, die zu 100 Prozent auf der Seite der USA steht.

Internationale Reaktionen

Auf offizieller Ebene waren die internationalen Reaktionen erwartungsgemäß verhalten. Natürlich haben China, Russland und viele andere Mächte den Militärangriff und die Entführung durch die USA verurteilt und die sofortige Freilassung von Maduro und Flores gefordert. Nach einigem Zögern haben sich die Europäer hinter ihren Schutzherrn gestellt, wenn auch mit etwas mehr Ambivalenz als bei ihrer Unterstützung des israelischen Völkermords in Gaza. Macron veröffentlichte zunächst eine Erklärung, in der er die Venezolaner aufforderte, sich über die Entführung Maduros zu „freuen", überlegte es sich dann aber anders und gab eine weitere Erklärung ab, in der er sagte, dass Frankreich die Methoden der USA „weder unterstütze noch billige", bevor er, wie es für ihn typisch ist, eine dritte Erklärung veröffentlichte, in der er sich auf einen friedlichen Übergang zu einem Venezuela unter der Führung von Edmundo González Urrutia freute. Merz beurteilt die Rechtmäßigkeit der Entführung als „komplex". Auch Starmer hat sich ausweichend geäußert, indem er von „Unterstützung des Völkerrechts" murmelte und gleichzeitig jede Kritik an Trump vermied.

Das ist eine Doppelmoral, an die die Bürger Europas gewöhnt sind. Auf der einen Seite Russland, gegen das die EU ihr zwanzigstes Sanktionspaket vorbereitet, auf der anderen Seite Israel, das seinen Status als bevorzugte Nation beibehält. Und nun gibt es eine dritte Moral – den Angriff auf Venezuela. Im Vergleich dazu ist die Haltung der *New York Times* klarer. Sie bezeichnet die Operation als einen Fall von „modernem Imperialismus", der „eine gefährliche und illegale Herangehensweise an die Stellung Amerikas in der Welt" darstellt. Sie zitiert republikanische Gesetzgeber, die sich im Kongress gegen Trumps Kurs ausgesprochen haben – die Senatoren Rand Paul und Lisa Murkowski sowie die Abgeordneten Thomas Massie und Don Bacon.

Es könnte zu weiteren Mobilisierungen in den Vereinigten Staaten selbst kommen. Der neue Bürgermeister von New York, Zohran Mamdani, verurteilte den einseitigen Angriff auf eine souveräne Nation als Kriegshandlung, in acht US-Städten gab es bereits Proteste. Solidarität mit der Bolivarischen Republik ist

entscheidend. Auf dem Spiel steht nicht nur die Zukunft Venezuelas, sondern auch die der kubanischen Revolution – der ersten und leider wohl auch letzten sozialistischen Revolution in Amerika. Kuba wurde von den Vereinigten Staaten angegriffen und belagert: eine Invasion, die in er Schweinebucht niedergeschlagen wurde, ständige Sanktionen, ständige Angriffe, ständige Lügen. Ohne das venezolanische Öl, das seit der Machtübernahme der Bolivaristen kostenlos geliefert wird, gibt es Grund, um Kubas Zukunft zu fürchten. Und wenn es den USA gelingt, Venezuela „aufzuräumen", könnte Kuba durchaus das nächste Ziel sein.

Aber das könnte sich als schwieriger erweisen als erwartet. Die Demonstrationen in Caracas sollten der Trump-Regierung als Warnung dienen. In den letzten Tagen wechselte Rodríguez zwischen militanten Reden, in denen sie die Angriffe verurteilte, und beruhigenden Äußerungen gegenüber den Amerikanern. Trump sagt: „Wir interessieren uns nicht für das, was sie sagt, sondern für das, was sie tut." Er hat Recht. Vieles wird nicht so sehr von ihr abhängen, denn sie ist nur eine Galionsfigur, sondern von der venezolanischen Armee, die von entscheidender Bedeutung ist.

Die Trump-Regierung könnte vor einem Dilemma stehen. Die Bolivaristen kontrollieren nach wie vor das venezolanische Militär und die paramilitärischen Kräfte, die Gerichte, die Ölindustrie und alle Ebenen der Verwaltungsbürokratie. Die Emotionen kochen hoch, wie die Botschaft von Maduros Sohn an die venezolanische Nationalversammlung deutlich gemacht hat. Die Regierung Rodríguez hat, wie wir wissen, Verhandlungen geführt. Aber wenn Trump und Rubio zu sehr Druck machen, könnte Caracas angesichts der allgemeinen Feindseligkeit gegenüber dem Angriff der USA zu einem gewissen Widerstand gezwungen sein. Wenn Rodríguez und Co. sich irgendwann weigern, mitzuspielen, könnte Trump darüber hinwegsehen, aber das Rubio-Lager wird das nicht tun. In diesem Stadium könnte die Logik, Caracas als Marionettenregierung zu behandeln, zusammenbrechen, und es würde heißen: „Okay, das sind Verräter, schnappen wir sie uns" – und schließlich würden Bodentruppen entsandt werden. Das würde schnell chaotisch werden. Es würde auch enorme Spannungen innerhalb von Trumps eigenem Lager verursachen, denn das ist etwas, was er wiederholt versprochen hat, nicht zu tun.

In seiner Rede von 2005 fuhr Chávez fort: „Fidel sagte einmal zu mir: ‚Chávez, wenn dir oder mir das jemals passieren sollte, wenn sie in unser Land

einmarschieren, dann ist das Letzte, was wir tun würden, das, was Saddam getan hat: uns in einem Loch verstecken. Man muss kämpfend sterben, an vorderster Front.“ Und genau das würde ich tun – wenn ich sterben muss, dann sterbe ich an der Front mit der Würde eines Venezolaners, der dieses Land liebt.“
Noch ist nichts entschieden.

Quelle: aus New Left Review Sidecar, 6.Januar 2026

Die deutsche Übersetzung des Artikels erschien in der SOZ online